

GRÜNE JUGEND Göttingen



Grünes Zentrum
Lange Geismarstraße 73
37073 Göttingen
presse-goettingen@gj-nds.de
gj-goettingen.de
www.twitter.com/gjgoettingen

Göttingen, 11.01.2018

Pressemitteilung (Nr. 01/2018)

GRÜNE JUGEND ruft zu Teilnahme an feministischer Demonstration am 13. Januar auf

Am 13. Januar veranstaltet das neu gegründete feministische Bündnis „[Wir sind laut](#)“ eine Demonstration für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und für die Abschaffung der §§ 218 und 219 StGB. Die GRÜNE JUGEND Göttingen unterstützt den Bündnisaufruf und mobilisiert zu der Demonstration. Diese beginnt um 12 Uhr am Bahnhofsvorplatz Göttingen.

Bündnisaufruf: <http://gj-goettingen.de/13-01-demo-fuer-das-recht-auf-koerperliche-selbstbestimmung-gegen-%C2%A7218-und-%C2%A7219/>

Dazu eine Aktivistin* der GRÜNEN JUGEND: „Im vergangenen November wurde die Frauenärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie auf ihrer Internetseite „Werbung für den Schwangerschaftsabbruch“ gemacht habe. Als Reaktion auf diesen Prozess wurde das Thema Schwangerschaftsabbruch wieder in den gesellschaftlichen Diskurs gerückt. Dass eine Abtreibung immer noch nur unter bestimmten Auflagen überhaupt straffrei ist, schränkt schwangere Personen in ihrer Freiheit ein, eine absolut selbstbestimmte Entscheidung über ihren eigenen Körper zu treffen. Dazu kommt noch, dass mit dem § 219a StGB der Zugang zu sachlichen Informationen, zu unabhängiger Beratung und Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen verhindert wird. Das Recht auf den freien Zugang zu Informationen von schwangeren Personen wird hier fundamental eingeschränkt!“

Ein Aktivist* ergänzt: „Die §§ 218 und 219 StGB müssen endlich weg. Dabei geht es gar nicht um die Frage, ob ein Schwangerschaftsabbruch aus persönlichen oder moralischen Gründen in Ordnung ist oder nicht. Es geht darum, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und das Informationsrecht für schwangere Personen zu stärken und ihnen die Freiheit über eine Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch zu lassen. Kristina Hänel hatte das Ziel ebendieses Informationsrecht zu ermöglichen. Anstatt kommerzieller Werbung gab sie sachliche Hinweise. Aus diesem Grund solidarisieren wir uns mit ihr.“